

Medienmitteilung der IG Freiheit

20. Verleihung des «Rostigen Paragraphen»: Verbot von Plakatwerbung als absurdeste Forderung

Zum 20. Mal hat die IG Freiheit den «Rostigen Paragraphen» vergeben. Mit dem Preis zeichnet die Vereinigung jedes Jahr besonders absurde Regulierungen, überflüssige Vorstösse und bürokratische Auswüchse aus. Die diesjährige Auszeichnung geht in die Stadt Zürich. Gemeinderat Michael Schmid erhält den «Rostigen Paragraphen 2026» für seinen Vorstoss, Plakatwerbung im öffentlichen Raum weitgehend zu verbieten.

Das Ergebnis im öffentlichen Online-Voting fiel überraschend klar aus. Mit 57% der Stimmen setzte sich Schmid's Forderung gegen die übrigen Nominierungen durch. Sein Vorstoss will kommerzielle Aussenwerbung im öffentlichen Raum massiv einschränken. Künftig sollen kommerzielle Plakate, digitale Werbeflächen und weitere Aussenwerbung im öffentlichen Raum stark eingeschränkt oder verboten werden. Betroffen wären nicht nur klassische Plakatstellen, sondern auch Werbeflächen an Haltestellen, in Trams, an Bahnhöfen oder an Gebäuden. Der Vorstoss wurde knapp überwiesen und liegt derzeit beim Stadtrat, der Vorschläge ausarbeiten muss, über die der Gemeinderat dann noch einmal zu befinden hat. Die Kritik ist vielfältig: Neben dem Vorwurf, dies sei ein bevormundender Eingriff in Wirtschaft, Gewerbe, Kultur und Stadtleben, gibt es auch diverse ungeklärte rechtliche Fragen. Der linksgrün dominierte Stadtrat lehnt ein generelles Verbot von Aussenwerbung ab.

Den zweiten Platz erreichte die Basler Regierungsrätin Esther Keller mit 17% der Stimmen. Ihr Departement will das Mobilitätsverhalten der kantonalen Angestellten über eine neue Teilzeitstelle als «Velo-Animator» steuern. Die Mitarbeiter sollen motiviert werden, mit dem Velo, zu Fuss oder mit dem ÖV zur Arbeit zu kommen. Als Anreiz soll hierfür auch eine Velopauschale ausbezahlt werden.

Auf Rang drei landete das Forschungsprojekt des Bundes für veganes Raclette. Agroscope-Direktorin Corinne Jud Khan erhielt 12% der Stimmen. Die Forschungsanstalt des Bundes entwickelte eine pflanzliche Raclette-Alternative auf Basis von Sonnenblumenkernen. Dass der Bund Geld in eine käsefreie Variante eines Schweizer Traditionsgerichts investiert, stiess in Bundesbern auf wenig Verständnis.

Der vierte Platz ging an die Interkantonale Geldspielaufsicht, präsiert von Jean-Michel Cina. Anlass für die Nomination war die bürokratische Auseinandersetzung um das traditionelle OLMA-Säulirennen. Die Frage, ob Wetten auf rennende Ferkel als Sportwetten gelten dürfen, beschäftigte die Behörden und Gerichte während mehrerer Jahre.

Den fünften Platz belegte der Waadtländer Grossrat Oleg Gafner. Er forderte eine Promillegrenze für Parlamentarier während Ratsdebatten, nachdem er beobachtet hatte, dass sich Parlamentskollegen einige Gläser Wein während einer Debatte genehmigten. Wer politisch mitbestimmen will, soll sich nach seiner Ansicht an ähnlichen Regeln orientieren wie im Strassenverkehr. Bleibt die Frage: Gibt es nicht auch Parlamentarier, die zwar absolut nüchtern sind, aber trotzdem falsch stimmen?

Die Verleihung des «Rostigen Paragraphen» fand in Zürich vor über 400 Teilnehmern statt. Seit 2007 macht die IG Freiheit mit dieser Auszeichnung auf übertriebene Regulierung, unnötige Verbote und staatliche Bevormundung aufmerksam. Auch im Jubiläumsjahr zeigte sich: Der politische Erfindergeist kennt kaum Grenzen, wenn es darum geht, neue Vorschriften zu schaffen.

Zürich, den 28. Mai 2026